



Bern, 19. Februar 2020

Internationale Zusammenarbeit der Schweiz 2021–2024

Ergebnisbericht zur Vernehmlassung

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage	3
2	Vernehmlassungsverfahren.....	3
2.1	Wichtigste Punkte des Vernehmlassungsentwurfs	3
2.2	Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens.....	4
3	Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens	5
3.1	Überblick	5
3.1.1	Überblick über die Antworten auf die 1. Frage	6
3.1.2	Überblick über die Antworten auf die 2. Frage	6
3.1.3	Überblick über die Antworten auf die 3. Frage	7
3.1.4	Erwähnenswerte Stellungnahmen zu anderen wichtigen Punkten.....	7
3.2	Kantone	8
3.3	Politische Parteien	11
3.4	Dachverbände	14
3.5	Weitere interessierte Kreise (Organisationen).....	17
3.6	Weitere interessierte Kreise (Einzelpersonen).....	20
	Anhang: Liste der Vernehmlassungsteilnehmer	22

1 Ausgangslage

An seiner Sitzung vom 30. November 2018 erörterte der Bundesrat die Eckpunkte für die Erarbeitung der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit der Schweiz 2021–2024. In ihrem Aussprachepapier an den Bundesrat schlugen das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) vor, hierzu erstmals einen erläuternden Bericht (Botschaftsentwurf) einer fakultativen Vernehmlassung zu unterziehen.¹

Eine Vernehmlassung erlaubt es, Stellungnahmen der Kantone, der in der Bundesversammlung vertretenen Parteien, der Gemeinden, Städte und Berggebiete, der Dachverbände der Wirtschaft sowie weiterer interessierter Kreise einzuholen. Dieses Vorgehen wurde gewählt angesichts der vorgeschlagenen Anpassungen bei der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz, insbesondere einer geografischen Fokussierung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit des EDA auf vier Schwerpunktregionen vorsahen.

Mit dieser fakultativen Vernehmlassung wollten das EDA und das WBF die breite innenpolitische Abstützung des künftigen Engagements der Schweiz zur Bewältigung der Herausforderungen in Entwicklungsländern sicherstellen (Armut, Ungleichheit, humanitäre Krisen, bewaffnete Konflikte, Flucht und irreguläre Migration, Menschenrechtsverletzungen, nicht nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, Folgen des Klimawandels usw.). Gleichzeitig bot die Vernehmlassung Gelegenheit, eine Bilanz der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz zu ziehen, deren Entwicklungen und Ergebnisse aufzuzeigen und der breiten Öffentlichkeit zu erklären, wie dieses solidarische Engagement direkt oder indirekt zu den Interessen der Schweiz und zur Umsetzung des Verfassungsauftrags beiträgt.

2 Vernehmlassungsverfahren

2.1 Wichtigste Punkte des Vernehmlassungsentwurfs

Der Begriff «internationale Zusammenarbeit» (IZA) umfasst die Instrumente der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Förderung von Frieden und menschlicher Sicherheit, die vom EDA und vom WBF eingesetzt werden. Der erläuternde Bericht zur IZA 2021–2024² legte die strategische Ausrichtung der IZA für diesen Zeitraum dar und schlug fünf Rahmenkredite im Gesamtumfang von 11,37 Milliarden Franken vor.

Das Parlament hatte im Februar 2011 beschlossen, die Quote der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz bis 2015 auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen. Der Bundesrat hat bestätigt, dass nach wie vor eine APD-Quote von 0,5 Prozent des BNE angestrebt wird, wenn es die finanzielle Lage zulässt.³ Aufgrund des Stabilisierungsprogramms 2017–2019⁴ sah bereits die Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020⁵ eine etwas tiefere APD-Quote vor, nämlich

¹ Es handelte sich um eine fakultative Vernehmlassung gemäss Artikel 3 Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 18. März 2005 über das Vernehmlassungsverfahren (SR 172.061). Aus Sicht des EDA und des WBF waren die Voraussetzungen für eine obligatorische Vernehmlassung nach Artikel 3 Absatz 1 dieses Gesetzes nicht erfüllt.

² www.admin.ch > Bundesrecht > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2019 > EDA

³ Im Finanzplan 2017–2019 des Bundes erklärte der Bundesrat zur APD: «Die internationale Zusammenarbeit ist von den Sparmassnahmen im Voranschlag 2016 und im Stabilisierungsprogramm stark betroffen. Die Ausgaben erreichen 2018 wieder das Niveau von 2015. Es ist allerdings nicht auszuschliessen, dass sie in der kommenden Legislatur weiter gekürzt werden müssen. Ab 2020 wird von einem Wachstum mit der Rate des nominalen BIP ausgegangen. Grundsätzlich wird aber nach wie vor eine APD-Quote von 0,5 Prozent des BNE angestrebt, wenn es die finanzielle Lage zulässt.»

⁴ BBl 2016 4691

⁵ BBl 2016 2333

0,48 Prozent des BNE. Im Voranschlag 2018 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2019–2021 wurden weitere Kürzungen beschlossen, welche die Budgets der IZA betrafen. Die durchschnittliche APD-Quote für die Periode 2017–2020 sank in der Folge auf rund 0,45 Prozent des BNE. Gemäss den zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des erläuternden Berichts aktuellen Prognosen und den vorgesehenen Zahlungen (Ziff. 3.4 des erläuternden Berichts) wird sich die Schweizer APD-Quote im Zeitraum 2021–2024 auf rund 0,45 Prozent des BNE belaufen. Ohne Berücksichtigung der in der APD ebenfalls verbuchten Betreuungskosten für Asylsuchende würde die Quote 0,40 Prozent betragen.

Der erläuternde Bericht präsentierte einen kurzen Überblick zur historischen Entwicklung der öffentlichen Entwicklungshilfe, analysierte deren Wirksamkeit und zog eine Zwischenbilanz der IZA-Botschaft 2017–2020. Er stellte die Ziele der IZA für den Zeitraum 2021–2024 vor. Schwerpunkte waren dabei die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Bekämpfung des Klimawandels, ein besserer Umgang mit Migration und das Engagement für Rechtsstaatlichkeit. Der erläuternde Bericht bestimmte die Aktivitäten der IZA anhand der folgenden drei Kriterien: 1. Bedürfnisse der Menschen in Entwicklungsländern, 2. Interessen der Schweiz und 3. Mehrwert der IZA im internationalen Vergleich.

Die vorgeschlagenen Anpassungen wurden in Ziffer 2.4 erläutert. Sie sahen namentlich eine geografische Fokussierung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit des EDA auf die folgenden vier Schwerpunktregionen vor, verbunden mit einer Reduktion der Anzahl Schwerpunktländer: 1. Nordafrika und Mittlerer Osten, 2. Subsahara-Afrika, 3. Zentral-, Süd- und Südostasien sowie 4. Osteuropa. Ausserdem schlug der erläuternde Bericht vor, die strategische Verknüpfung von IZA und Migrationspolitik zu stärken⁶, für eine nachhaltige Entwicklung vermehrt auf die Innovationskraft und Expertise des Privatsektors zu setzen, das Digitalisierungspotenzial noch besser auszuschöpfen und den Multilateralismus zu unterstützen.

Ziffer 3 des erläuternden Berichts war der Umsetzung der IZA gewidmet und stellte die drei Verwaltungseinheiten vor, die für die Instrumente der IZA und die beantragten Kredite zuständig sind: die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und die Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) des EDA sowie der Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) des WBF.

2.2 Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens

Das EDA und das WBF eröffneten die Vernehmlassung zur internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 am 2. Mai 2019 anlässlich einer Medienkonferenz.⁷ Die Vernehmlassung dauerte bis am 23. August 2019.

Die Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer wurden gebeten, die folgenden drei Fragen zu beantworten:

- 1) Entsprechen die **vorgeschlagenen Ziele** Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz? (Ziff. 2.3)
- 2) Entsprechen die **neuen Schwerpunkte** Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz? (Ziff. 2.4)
- 3) Entspricht die vorgeschlagene **geografische Fokussierung** der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der

⁶ BBI 2016 2016 8097

⁷ Das Video der Medienkonferenz ist unter <https://www.eda.admin.ch/IZA2021-2024> abrufbar.

Insgesamt gingen 249 Stellungnahmen ein. Es äusserten sich 24 Kantone, 8 in der Bundesversammlung vertretene politische Parteien, 7 Dachorganisationen, 198 weitere Organisationen und 27 Einzelpersonen. Die Liste der Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer befindet sich im Anhang.

Alle Stellungnahmen sind zusammen mit der Adressatenliste und den übrigen Vernehmlassungsunterlagen auf der Website der Bundeskanzlei abrufbar: www.admin.ch > Bundesrecht > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2019 > EDA.

3 Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

3.1 Überblick

Insgesamt gingen 249 Stellungnahmen ein. Die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer ging auf die drei gestellten Fragen ein. Die Stellungnahmen zu den beiden ersten Fragen (Ziele und neue Schwerpunkte) sind mehrheitlich positiv, wobei die Vorschläge unterstützt oder Änderungen gewünscht werden. Bei der dritten Frage (geografische Fokussierung) gehen die Meinungen stärker auseinander. Neben den drei Fragen wurden am häufigsten die Höhe der Zahlungen der internationalen Zusammenarbeit (IZA), die APD-Quote im Verhältnis zum BNE, die Kriterien für die IZA und die Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung thematisiert.

Die eingegangenen Stellungnahmen lassen sich wie folgt gliedern:

	Eingeladen	Stellungnahmen eingeladener Teilnehmer	Spontane Stellungnahmen
Kantone	27 ⁸	24 (89 %)	0
In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	13	7 (54 %)	1
Dachverbände⁹	11	7 (64 %)	0
Weitere interessierte Kreise (Organisationen)	41	17 (41 %)	166
Weitere interessierte Kreise (Einzelpersonen)	0	0	27
Total	92	55 (60 %)	194
Eingegangene Stellungnahmen		249	

⁸ Die ebenfalls zur Stellungnahme eingeladenen Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) wurde zur Kategorie «Kantone» gezählt.

⁹ Darunter fallen gemäss Definition der Bundeskanzlei die gesamtschweizerischen Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete sowie die gesamtschweizerischen Dachverbände der Wirtschaft.

3.1.1 Überblick über die Antworten auf die 1. Frage

Entsprechen die **vorgeschlagenen Ziele** Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der IZA der Schweiz?

	Ja	Änderungswünsche	Nein	Keine Stellungnahme
Kantone	16	6	0	2
Politische Parteien	2	6	0	0
Dachverbände	4	3	0	0
Weitere interessierte Kreise (Organisationen)	28	119	8	28
Weitere interessierte Kreise (Einzelpersonen)	2	13	1	11
Total	52	147	9	41
Total (%)	21 %	59 %	4 %	16 %

Die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer (80 %) unterstützt die Ziele oder wünscht Änderungen. Nur 4 Prozent lehnen die vorgeschlagenen Ziele ab (weil sie ihrer Meinung nach den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht entsprechen oder sich auf die Armutsbekämpfung beschränken sollten). Die Mehrheit der Kantone (16) und der Dachverbände (4) unterstützt die Ziele vorbehaltlos, während die Mehrheit der politischen Parteien (6) und der weiteren interessierten Kreise (132) Änderungen fordert.

3.1.2 Überblick über die Antworten auf die 2. Frage

Entsprechen die **neuen Schwerpunkte** Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der IZA der Schweiz?

	Ja	Änderungswünsche	Nein	Keine Stellungnahme
Kantone	14	8	0	2
Politische Parteien	2	6	0	0
Dachverbände	2	5	0	0
Weitere interessierte Kreise (Organisationen)	19	131	4	29
Weitere interessierte Kreise (Einzelpersonen)	1	15	1	10
Total	38	165	5	41
Total (%)	15 %	66 %	2 %	17 %

Die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer (81 %) unterstützt die vorgeschlagenen Schwerpunkte oder wünscht Änderungen. Nur 2 Prozent lehnen die vorgeschlagenen Schwerpunkte ab. Die Mehrheit der Kantone (14) unterstützt die Schwerpunkte vorbehaltlos, während die Mehrheit der politischen Parteien (6), der Dachverbände (5) und der weiteren interessierten Kreise (146) Änderungen wünscht.

3.1.3 Überblick über die Antworten auf die 3. Frage

*Entspricht die vorgeschlagene **geografische Fokussierung** der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der IZA der Schweiz?*

	Ja	Änderungswünsche	Nein	Keine Stellungnahme
Kantone	16	5	0	3
Politische Parteien	2	5	1	0
Dachverbände	2	3	2	0
Weitere interessierte Kreise (Organisationen)	30	44	43	66
Weitere interessierte Kreise (Privatpersonen)	0	5	10	12
Total	50	62	56	81
Total (%)	20 %	25 %	22 %	33 %

Etwas mehr als die Hälfte der Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer (55 %) befürwortet die geografische Fokussierung oder wünscht Änderungen. 22 Prozent lehnen die vorgeschlagene geografische Fokussierung ab. Die meisten Kantone befürworten die geografische Fokussierung ohne Vorbehalte. Die Mehrheit der politischen Parteien (5) verlangt Änderungen. Von den Dachverbänden und den weiteren interessierten Kreisen, die Stellung genommen haben, fordert fast ein Drittel (52) Änderungen und ein Drittel (55) lehnt die vorgeschlagene geografische Fokussierung ab.

3.1.4 Erwähnenswerte Stellungnahmen zu anderen wichtigen Punkten

Finanzierung der IZA und APD-Quote im Verhältnis zum BNE

	Für die vorgeschlagene Höhe	Aufstockung verlangt	Senkung verlangt	Keine Stellungnahme
Kantone	1	5	0	18
Politische Parteien	1	3	1	3
Dachverbände	0	3	1	3
Weitere interessierte Kreise (Organisationen)	1	114	0	68
Weitere interessierte Kreise (Einzelpersonen)	0	13	0	14
Total	3	138	2	106
Total (%)	1 %	55 %	1 %	43 %

Von den 143 Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmern, die sich zur Höhe der IZA-Mittel und/oder zur APD-Quote äusserten, verlangt die grosse Mehrheit (138 Teilnehmer) eine Aufstockung. 1 Prozent (3) befürwortet die vorgeschlagene Höhe und 1 Prozent (2) fordert eine Reduktion des Betrags (davon 1 nur bezüglich automatischem Teuerungsausgleich).

Kriterien für die IZA: Bedürfnisse der Bevölkerung, Interessen der Schweiz und Mehrwert der IZA

	Dafür	Änderungswünsche	Dagegen	Keine Stellungnahme
Kantone	5	3	0	16
Politische Parteien	1	5	0	2
Dachverbände	1	4	0	2
Weitere interessierte Kreise (Organisationen)	13	70	22	78
Weitere interessierte Kreise (Einzelpersonen)	1	9	6	11
Total	21	91	28	109
Total (%)	8 %	37 %	11 %	44 %

140 Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer kommentieren die vorgeschlagenen Kriterien für die IZA (Ziff. 2.4). 21 befürworten die vorgeschlagenen Kriterien und 117 äussern sich kritisch dazu. Die Hauptkritik betrifft Bedenken, dass kurzfristige wirtschaftliche oder migrationspolitische Interessen der Schweiz bei der strategischen Ausrichtung der IZA berücksichtigt werden.

Andere häufig angesprochene Themen

56 Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer unterstreichen die Bedeutung der Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung (Ziff. 2.3). 38 verweisen auf die Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NGO) und der Zivilgesellschaft (Ziff. 3.3) bei der Umsetzung der IZA.

3.2 Kantone

1. Frage: Entsprechen die **vorgeschlagenen Ziele** Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der IZA der Schweiz?

	Ja	Änderungswünsche	Nein	Keine Stellungnahme
Kantone	AI, AR, BE, BL, BS, GE, GR, NW, SG, SH, SO, TG, UR, VD, VS, ZG (16)	AG, FR, JU, NE, TI, ZH (6)	(0)	OW, SZ (2)

Was die Änderungswünsche zu den Zielen betrifft, regen die Kantone NE und TI eine stärkere Ausrichtung auf die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (nachfolgend Agenda 2030) an. FR und NE wünschen, dass die Armutsbekämpfung in den Zielen stärker hervorgehoben wird. In Bezug auf die Umsetzung der vorgeschlagenen Ziele unterstreichen JU und ZG, dass die Ziele zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Klimawandel zusammenhängen und sich in ihrer Wirkung gegenseitig beeinträchtigen können. GE weist in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung transversaler und integrierter Ansätze für die Verwirklichung der Ziele hin.

2. Frage: Entsprechen die **neuen Schwerpunkte** Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der IZA der Schweiz?

	Ja	Änderungswünsche	Nein	Keine Stellungnahme
--	----	------------------	------	------------------------

Kantone	AG, AI, AR, BE, BS, GR, NW, SG, SH, SO, TG, TI, VS, ZG (14)	BL, FR, GE, JU, NE, UR, VD, ZH (8)	(0)	OW, SZ (2)
----------------	--	---	------------	-------------------

Bei den spezifischen Kommentaren zu den neuen Schwerpunkten gibt es mehrere Bemerkungen zum thematischen Schwerpunkt «Migration». AG, AR und SG begrüßen insbesondere die im Bericht vorgeschlagene Stärkung der strategischen Verknüpfung von IZA und Migrationspolitik. FR und ZG erachten es für wichtig, dass auf eine strikte Konditionalität zwischen Migrationspolitik und IZA verzichtet wird. VD ist der Ansicht, dass die strategische Verknüpfung näher erläutert werden sollte, und fordert eine Wirkungsanalyse am Ende der Botschaftsperiode, insbesondere im Hinblick auf mögliche Grenzen dieses Ansatzes. NE und ZH empfehlen, die kurz-, mittel- und langfristig erwarteten Auswirkungen der IZA auf die Migration zu relativieren. ZH hebt hervor, dass die verstärkte wirtschafts- und migrationspolitische Ausrichtung mit der Zielsetzung, die ärmsten Bevölkerungsgruppen zu unterstützen, kollidieren könnte. GE weist darauf hin, dass der Fokus auf den Klimawandel für die Verhütung der klimabedingten Migration wichtig sein könnte.

Was die übrigen Schwerpunkte betrifft, betonen AR, BL, GE und NE die Bedeutung der Bildung (von der obligatorischen Schule bis zur Berufsbildung) für die Schaffung von Arbeitsplätzen und wünschen, dass dieses Thema mehr Gewicht erhält. JU ist der Ansicht, dass die thematischen Schwerpunkte «Beschäftigung» und «Klimawandel» verknüpft werden sollten. GE und ZG begrüßen den Fokus auf den Privatsektor und fordern die IZA auf, dessen Innovationskraft für eine nachhaltige Entwicklung zu nutzen. ZG begrüsst zudem, dass das Potenzial der Digitalisierung besser ausgeschöpft werden soll. GE und VD unterstreichen die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft beim Schwerpunkt Rechtsstaatlichkeit und bei der Umsetzung der IZA. GE begrüsst, dass mehr Gewicht auf den Multilateralismus und das Engagement der Schweiz im Hinblick auf multilaterale Reformen gelegt wird, um die Wirksamkeit zu erhöhen.

Bei den Themenbereichen, die ausgebaut werden sollten, weisen BS, JU und NE auf die Bedeutung der Gesundheit hin. BS unterstreicht zudem, dass auch die Forschung für die Entwicklungszusammenarbeit wichtig ist. VS und UR wünschen, dass die Entwicklung der Berggebiete als Schwerpunkt aufgenommen wird. FR fordert, dass die Gleichstellung der Geschlechter als Querschnittsthema gestärkt wird. VD bedauert, dass die Schweiz ihren Föderalismus und ihr Know-how in diesem Bereich nicht stärker einbringt, denn viele Konflikte entstehen gerade wegen der Stellung der Minderheiten sowie Fragen im Zusammenhang mit deren Autonomie und der Machtverteilung.

3. Frage: *Entspricht die vorgeschlagene **geografische Fokussierung** der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz?*

	Ja	Änderungswünsche	Nein	Keine Stellungnahme
Kantone	AI, AR, BE, BS, GE, GR, JU, NE, NW, SG, SH, SO, TG, UR, ZG, ZH (16)	AG, BL, FR, TI, VS (5)	(0)	OW, SZ, VD (3)

Bezüglich geografische Fokussierung begrüßen BL und GE den Rückzug der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit des EDA aus Lateinamerika, sofern die bereits erzielten Ergebnisse erhalten bleiben und der Ausstieg schrittweise erfolgt. AG erachtet die Wahl der vier Schwerpunktregionen für unzureichend begründet. TI hebt hervor, dass die geografische Fokussierung zwar verständlich sei, aber eine Evaluation der Bedürfnisse und Prioritäten der entsprechenden Länder erfordere.

VS regt an, den Rückzug aus Haiti angesichts der aktuellen Situation im Land gegebenenfalls zu überdenken. NE schlägt vor, die bisher in Lateinamerika eingesetzten Mittel für fragile Kontexte zu verwenden. FR unterstützt die geografische Fokussierung aus Effizienzgründen, ist aber der Ansicht, dass der völlige Rückzug der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit des EDA erhebliche Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung hätte, vor allem in Lateinamerika. FR spricht sich für einen nach geografischen Regionen differenzierten thematischen Schwerpunkt aus, beispielsweise mit einem Fokus auf der Förderung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte in Lateinamerika. BL schlägt vor, Eritrea in die Schwerpunktländer der IZA aufzunehmen.

GE, TG und VS weisen darauf hin, dass die Flexibilität der übrigen IZA-Instrumente wie die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit oder die Globalprogramme der DEZA wichtig ist, damit die lateinamerikanische Region nicht völlig von der IZA ausgeschlossen wird. ZH fordert, dass die Situation in den Ländern, aus denen sich die DEZA zurückzieht, im Hinblick auf die nächste Botschaftsperiode erneut geprüft wird. JU schreibt, dass das Engagement in den Schwerpunktländern langfristig sichergestellt werden muss.

Höhe der IZA-Rahmenkredite und APD-Quote im Verhältnis zum BNE

	Für die vorgeschlagene Höhe	Aufstockung verlangt	Senkung verlangt	Keine Stellungnahme
Kantone	VS (1)	BL, BS, NE, VD, ZH (5)	0	AG, AI, AR, BE, FR, GE, GR, JU, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, ZG (18)

Was den Gesamtbetrag der geplanten Rahmenkredite betrifft, fordern BL, BS, NE, VD und ZH eine Präzisierung, wie der Bund die 2011 vom Parlament beschlossene APD-Quote von 0,5 Prozent erreichen will. VS hält fest, dass der vorgeschlagene Betrag angesichts des Wohlstands der Schweiz und ihrer Solidaritätspflicht ein Minimum darstellt. 18 Kantone äussern sich nicht hierzu.

Weitere Bemerkungen:

Raison d'être der IZA: JU ist der Ansicht, dass die Schweiz ein Interesse daran hat, eine nachhaltige Entwicklung und eine stabile Weltordnung zu fördern. VD ist besorgt darüber, dass die IZA immer mehr migrations-, wirtschafts- und sicherheitspolitische Interessen der Schweiz fördern muss. Nach Ansicht von BS sollte die Solidarität im Bericht stärker hervorgehoben werden.

Zusammenarbeit mit den Kantonen und anderen Akteuren: BE und JU unterstreichen die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Kantonen, die in der IZA aktiv sind, und fordern, dass dies im Bericht besser zum Ausdruck gebracht wird. JU fordert eine engere Zusammenarbeit der IZA mit den Kantonen bei Themen, die in deren Zuständigkeit fallen (z. B. Berufsbildung), dies auch für die ausserhalb der Schwerpunktländer flexibel einzusetzenden Mittel. AG wünscht, dass das Kapitel über die Auswirkungen auf die Kantone und Gemeinden sowie auf urbane Zentren, Agglomerationen und Berggebiete konkretisiert wird. GE schlägt vor, die Zusammenarbeit mit den NGO und die Verbindung zum internationalen Genf zu verstärken.

Aufteilung der IZA-Instrumente: AG fragt sich, warum das SECO und die DEZA nicht die gleichen Schwerpunktländer haben, und regt an, eine Erhöhung der Anzahl Länder mit einem gemeinsamen Engagement von bilateraler Entwicklungszusammenarbeit des EDA und wirtschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit des WBF zu prüfen. NE ist der Ansicht, dass allfällige Synergien zwischen bilateraler Entwicklungszusammenarbeit, multilateraler Zusammenarbeit und den

Globalprogrammen genauer dargelegt werden könnten. NE begrüsst zwar die Koordination zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit, hält aber fest, dass der Mitteltransfer zwischen diesen beiden Instrumenten nicht zu Lasten der Entwicklungszusammenarbeit gehen sollte.

3.3 Politische Parteien

1. Frage: Entsprechen die **vorgeschlagenen Ziele** Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der IZA der Schweiz?

	Ja	Änderungswünsche	Nein	Keine Stellungnahme
Politische Parteien	JCVP, FDP (2)	BDP, CVP, GPS, GLP, SPS, SVP (6)	0	0

Die JCVP und die FDP sind der Ansicht, dass die vorgeschlagenen Ziele den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Interessen der Schweiz entsprechen und den komparativen Vorteil der IZA widerspiegeln. Die FDP hält jedoch fest, dass die Ziele konkreter formuliert werden könnten. Sie begrüsst den Fokus auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, weist aber darauf hin, dass dieses Ziel mit Ziel 4 (Gouvernanz und Rechtsstaatlichkeit) verbunden werden sollte, da Letzteres eine Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung sei.

Was die Änderungsvorschläge zu den Zielen anbelangt, empfehlen CVP, GPS, GLP und SPS, die Ziele stärker entlang der Agenda 2030 und deren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung auszurichten. Die GPS und die SPS fordern, dass die Geschlechtergleichstellung gestärkt und zu einem Querschnittsthema erklärt wird. Die GPS schlägt vor, die Armutsbekämpfung wieder zu einem übergeordneten Ziel zu erklären. Die SVP empfiehlt, die Schwerpunkte unter zwei Hauptzielen zusammenzufassen (Wirtschaftsentwicklung und Migration) und die restlichen Themen zu Unterzielen zu machen. Mehrere Parteien weisen darauf hin, dass die Verbindungen zwischen den Zielen wichtig sind, beispielsweise zwischen Gouvernanz, Klima und Migration.

Bezüglich des Ziels 1 («Zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum, zur Erschliessung von Märkten und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen [wirtschaftliche Entwicklung]») empfehlen die GPS und die SPS zu präzisieren, dass hierbei die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze anzustreben ist. Die BDP schlägt vor, die Bildung auf der Ebene der Ziele anzusiedeln oder zumindest als neuen thematischen Schwerpunkt vorzusehen, da sie eine Voraussetzung für die Umsetzung dieses Ziels sei. Die GLP schlägt vor, die Armutsreduktion in das Ziel 1 zu integrieren, das wie folgt lauten würde: *Gezielt zur Armutsreduktion, zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum, zur Erschliessung von Märkten und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen (Armutsreduktion und wirtschaftliche Entwicklung)*.

Nach Ansicht der GLP sollte das Ziel 2 («Den Klimawandel und dessen Auswirkungen bekämpfen und die natürlichen Ressourcen nachhaltig bewirtschaften [Umwelt]») auch den Umweltschutz umfassen. Die BDP unterstreicht, dass alle Departemente kohärente Massnahmen im Klimabereich anstreben müssen, wie es der Verantwortung der Schweiz entspricht. GPS, GLP und SPS sind der Ansicht, dass zusätzliche Mittel für die Umsetzung dieses Ziels bereitgestellt werden sollten.

In Bezug auf Ziel 3 («Leben retten, eine hochwertige Grundversorgung sicherstellen sowie die Ursachen von Zwangsmigration und irregulärer Migration reduzieren [menschliche Entwicklung]») schlagen die BDP und die SPS vor, die Armutsbekämpfung ausdrücklich in dieses Ziel zu integrieren (für die Bemerkungen zur Migration s. weiter unten zu Frage 2).

In Bezug auf das Ziel 4 («Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Geschlechtergleichstellung fördern [Frieden und Gouvernanz]») regen die GPS und die SPS an, die Stärkung der Zivilgesellschaft zu integrieren.

2. Frage: Entsprechen die **neuen Schwerpunkte** Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der IZA der Schweiz?

	Ja	Änderungswünsche	Nein	Keine Stellungnahme
Politische Parteien	CVP, JCVP (2)	BDP, FDP, GPS, GLP, SPS, SVP (6)	0	0

Was den Schwerpunkt «Beschäftigung» betrifft, begrüsst die FDP den Fokus auf dieses Thema. Die GLP wünscht eine stärkere Integration der Schweizer Erfahrungen im Bereich des Arbeitsrechts, um die soziale Dimension dieses Schwerpunkts zu stärken.

Der thematische Schwerpunkt «Klimawandel» wird von BDP, GPS, GLP und SPS ausdrücklich begrüsst, da er nicht nur für die Entwicklungsländer, sondern auch für die Schweiz wichtig sei. GPS, GLP und SPS erachten die für die internationale Klimafinanzierung bereitgestellten Mittel als ungenügend. Nach Ansicht von GPS und SPS darf eine Erhöhung dieser Mittel jedoch nicht zu Lasten der Entwicklungszusammenarbeit gehen. Die GLP schlägt vor, 30 Prozent der IZA-Mittel für Projekte und Programme im Umweltbereich zu verwenden, einschliesslich 20 Prozent für Klimaschutzmassnahmen in Entwicklungsländern. Dies könnte nach Ansicht der GLP teilweise durch die Erhöhung der gesamten IZA-Mittel auf 0,5 Prozent des BNE erreicht werden.

In Bezug auf den thematischen Schwerpunkt «Migration» begrüssen CVP, FDP und SVP den verstärkten Fokus auf die strategische Verknüpfung von IZA und Migrationspolitik und fordern ihre konkrete Umsetzung. Nach Ansicht der SVP muss dieser Schwerpunkt zum Ziel haben, die Migration einzudämmen und dadurch die Asylkosten in der Schweiz zu senken. Die FDP wünscht, dass die Migrationsdialoge und -partnerschaften gestärkt und neue Rückübernahmeabkommen angestrebt werden. BDP, JCVP und SPS betonen, dass die IZA langfristige Fortschritte anstrebt und keine kurzfristigen Ergebnisse bei der Migration bringen könne. Nach Ansicht der GPS sollte die IZA es sich nicht zur Mission machen, die irreguläre Migration zu begrenzen. Die SPS lehnt den Vorschlag ab, 60 Millionen Franken für migrationspolitisch motivierte Projekte ausserhalb der Schwerpunktländer des EDA zu reservieren (d. h. Projekte in den vier Schwerpunktregionen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit des EDA in Ländern, die in Abstimmung mit der interdepartementalen Struktur zur internationalen Migrationszusammenarbeit [IMZ] identifiziert werden).

In Bezug auf den thematischen Schwerpunkt «Rechtsstaatlichkeit» weist die JCVP darauf hin, dass die IZA nicht einzelne Projekte fördern, sondern sich für eine gute Regierungsführung einsetzen sollte.

In Bezug auf den Schwerpunkt «Zusammenarbeit mit dem Privatsektor» begrüssen CVP, FDP, GPS und GLP die Integration dieses Themas. GPS und SPS betonen, dass die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor die sozialen und ökologischen Standards einhalten und in erster Linie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in den Entwicklungsländern stärken muss. FDP und GLP begrüssen die Absicht, neue Finanzinstrumente einzusetzen. Die FDP unterstreicht, dass dafür die entsprechenden Kompetenzen im EDA aufgebaut werden müssen. Die CVP möchte wissen, wie Schweizer Unternehmen konkret einbezogen werden sollen. Die SPS unterstützt die geplante Stärkung des SIFEM.

In Bezug auf den Schwerpunkt Digitalisierung fordert die SPS mehr Klarheit darüber, was die IZA konkret zu tun gedenkt, und warnt davor, diesen Fokus nur als Vorwand für Aufträge an Schweizer Unternehmen zu nutzen, ohne dass die Bedürfnisse der Entwicklungsländer berücksichtigt werden.

Was den Schwerpunkt Multilateralismus betrifft, unterstreichen die CVP und die SPS die Bedeutung dieses Themas und fordern, dass sich die Schweiz aktiv dafür einsetzt, dass die multilateralen Organisationen Projekte unterstützen, die mit den Schweizer Prioritäten vereinbar sind (z. B. betreffend Umweltstandards der Entwicklungsbanken). Die SVP ist der Auffassung, dass der für die multilateralen Organisationen vorgesehene Betrag angesichts des beschränkten Einflusses der Schweiz in diesen Gremien zu hoch sei. Ihrer Meinung nach fliessen über die multilateralen Organisationen Mittel der internationalen Gemeinschaft in korrupte Länder.

3. Frage: *Entspricht die vorgeschlagene **geografische Fokussierung** der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz?*

	Ja	Änderungswünsche	Nein	Keine Stellungnahme
Politische Parteien	FDP, SVP (2)	BDP, CVP, JCVP, GPS, GLP (5)	SPS (1)	0

Die geografische Fokussierung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit wird von allen Parteien grundsätzlich begrüsst. Nach Ansicht der GLP geht die vorgeschlagene geografische Fokussierung zu wenig weit. Sie fragt zum Beispiel, warum eine so grosse Anzahl osteuropäischer Staaten weiterhin Schwerpunktländer seien. BDP, CVP, JCVP, GPS und SPS sind der Auffassung, dass der vorgeschlagene Rückzug aus spezifischen Ländern zu wenig klar begründet wird. JCVP, CVP und GPS fordern, dass die Auswirkungen des geplanten Ausstiegs am Ende der Botschaftsperiode evaluiert werden. Nach Ansicht der BDP ist der komplette Ausstieg aus Lateinamerika nicht nachvollziehbar. Die SPS lehnt den vorgeschlagenen Rückzug aus 12 Ländern ab und fordert, dass mindestens 30 Prozent der Mittel auf die ärmsten Länder und auf fragile Kontexte fokussiert werden.

Höhe der IZA-Rahmenkredite und APD-Quote im Verhältnis zum BNE

	Für die vorgeschlagene Höhe	Aufstockung verlangt	Senkung verlangt	Keine Stellungnahme
Politische Parteien	BDP (1)	GPS, GLP, SPS (3)	SVP (1)	CVP, JCVP, FDP (3)

Was die geplanten Rahmenkredite betrifft, fordern GPS, GLP und SPS eine Aufstockung der APD auf 0,5 Prozent des BNE. Nach Ansicht von GPS und SPS ist gar eine Erhöhung auf 0,7 Prozent anzustreben. Die BDP betont, dass der Gesamtbetrag nicht unter den Wert von 2018 gesenkt werden sollte (APD-Quote von 0,44 % des BNE). Nach Ansicht der SVP sollte der Betrag der Rahmenkredite auf 2 Milliarden Franken pro Jahr begrenzt werden, und die freiwerdenden Mittel sollten zur Sanierung der AHV verwendet werden. Die FDP ist der Auffassung, dass der Betrag nach Massgabe der übrigen Bundesausgaben evaluiert werden sollte.

Die SPS will nicht, dass Mittel der Entwicklungszusammenarbeit für andere Ziele als die Armutsbekämpfung (z. B. die Migrationspolitik) verwendet werden. Sie lehnt auch die Durchlässigkeit zwischen humanitären Krediten und solchen der Entwicklungszusammenarbeit des EDA ab, genauso wie die Reduktion der Mittel der humanitären Hilfe für die Katastrophenvorsorge.

Die GLP ist der Ansicht, dass der Rahmenkredit für die Friedensförderung auf 5 Prozent des IZA-Portfolios erhöht werden sollte. Dies könnte ihrer Ansicht nach teilweise durch eine Erhöhung der gesamten IZA-Mittel auf 0,5 Prozent des BNE erreicht werden. Die FDP und die SVP unterstreichen die Bedeutung der humanitären Hilfe der Schweiz.

Weitere Bemerkungen:

Kriterien für ein Engagement der IZA: Die GLP und die SVP begrüßen die im erläuternden Bericht festgelegten Kriterien ausdrücklich. BDP, JCVP, GPS und SPS betonen, dass die IZA nicht kurzfristigen Interessen der Schweiz untergeordnet oder dafür instrumentalisiert werden darf. Nach Ansicht von CVP, JCVP, GPS und SPS muss die Armutsbekämpfung weiterhin im Zentrum stehen. Die CVP erachtet es jedoch als legitim, Schweizer Interessen zu berücksichtigen, solange diese mit den Zielen der Armutsbekämpfung und der Agenda 2030 vereinbar sind.

Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung: BDP, JCVP, GPS und SPS verweisen auf die Politikkohärenz und unterstreichen die potenziell negativen Auswirkungen verschiedener sektorieller Politiken auf die nachhaltige Entwicklung. Die JCVP unterstreicht die Verantwortung der Schweiz, insbesondere wegen der in der Schweiz ansässigen multilateralen Konzerne. Die SPS hält fest, dass die unlauteren und unrechtmässigen Finanzflüsse aus den Entwicklungsländern ein Mehrfaches höher sind als die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Ihrer Ansicht nach ist die IZA das wichtigste aussenpolitische Instrument der Schweiz zur Stärkung des Strukturwandels. Gemäss JCVP und GPS sollte bei Inkohärenzen zwischen den verschiedenen sektoriellen Politiken die Agenda 2030 als Referenzrahmen gelten.

Zusammenarbeit mit NGO: Die FDP und die GLP sind der Auffassung, dass NGO politisch neutral handeln müssen. Die SPS fordert mit Verweis auf die wichtige Expertise von NGO, insbesondere der Schweizer NGO, dass die Mittel der IZA für diese Partner von 7 auf 10 Prozent erhöht werden. Die FDP verlangt klarere Kriterien für diese Zusammenarbeit. Nach Ansicht der SVP sollte die IZA ihre Beiträge an NGO erheblich reduzieren.

Andere: Die GPS unterstützt die Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution. Die GLP schlägt vor, zu prüfen, ob mit den Lokalangestellten in den Einsatzländern nur befristete Verträge abgeschlossen werden sollten.

3.4 Dachverbände

1. Frage: Entsprechen die **vorgeschlagenen Ziele** Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der IZA der Schweiz?

	Ja	Änderungswünsche	Nein	Keine Stellungnahme
Dachverbände	economiesuisse, Schweizerischer Städteverband, Schweizer Bauernverband, Schweizerischer Gewerbeverband (4)	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, Travail.Suisse, Schweizerischer Gewerkschaftsbund (3)	(0)	(0)

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete beantragt, das Thema Berge in die Ziele zu integrieren. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund ist der Auffassung, dass die Ziele einen «nicht wünschenswerten» Paradigmenwechsel erkennen lassen und dass die Geschlechtergleichstellung gestärkt werden sollte. Travail.Suisse übt Kritik am Ziel der Beseitigung der Ursachen von Zwangsmigration und irregulärer Migration. Der Schweizer Bauernverband schliesslich beanstandet, dass das Ziel «Ernährungssicherheit» ausser Acht gelassen worden sei.

2. Frage: Entsprechen die **neuen Schwerpunkte** Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der IZA der Schweiz?

	Ja	Änderungswünsche	Nein	Keine Stellungnahme
Dachverbände	economiesuisse, Schweizerischer Gewerbeverband (2)	Schweizer Bauernverband, Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, Schweizerischer Städteverband, Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Travail.Suisse (5)	(0)	(0)

Im Rahmen ihrer Änderungsvorschläge regen mehrere Verbände die Aufnahme weiterer Themen an, darunter Berggebiete (Vorschlag der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete), Urbanisierung (Schweizerischer Städteverband), Gesundheit (economiesuisse), wissenschaftliche Forschung zur Wirkung der IZA» (economiesuisse, Schweizerischer Gewerbeverband) sowie bäuerliche Familienbetriebe und fairer Handel (Schweizer Bauernverband).

Bei den Bemerkungen zum Schwerpunkt «Arbeitsplätze» betont Travail.Suisse die Notwendigkeit, der menschenwürdigen Arbeit und der Unterstützung von Projekten zur Schaffung nachhaltiger und hochwertiger Arbeitsplätze unter Beachtung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation und weiterer internationaler Instrumente mehr Bedeutung beizumessen.

Unter den Bemerkungen zum Schwerpunkt «Migration» weist der Schweizerische Gewerkschaftsbund darauf hin, dass Migration für die Betroffenen eine Chance sei, der Armut zu entkommen, und dass die IZA nicht bestrebt sein sollte, die Migration einzudämmen. Travail.Suisse ist der Auffassung, dass die systematische Integration der Migration in die Verhandlungen über neue IZA-Abkommen eine zu weitreichende Konditionalität darstelle. Economiesuisse warnt vor der Überschätzung des Potenzials der IZA, die irreguläre Migration langfristig zu verringern, weil dabei weitere Faktoren (Konflikte, Staatsversagen) eine Rolle spielten.

Unter den Bemerkungen zum Schwerpunkt «Zusammenarbeit mit dem Privatsektor» verweisen economiesuisse und der Schweizerische Gewerkschaftsbund auf die Stärkung der KMU in den Entwicklungsländern als Potenzial für die nachhaltige Entwicklung. Economiesuisse betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Schweizer SIFEM. Travail.Suisse fordert eine bessere Berücksichtigung sozialer Belange bei der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, insbesondere die Gewährleistung grundlegender öffentlicher Dienstleistungen wie Trinkwasser- und Gesundheitsversorgung für die lokale Bevölkerung.

Der Schwerpunkt «Digitalisierung» wird insbesondere von economiesuisse und dem Schweizerischen Städteverband begrüsst: Economiesuisse weist auf die Notwendigkeit eines geeigneten

Rechtsrahmens hin, und der Schweizerische Städteverband verweist auf das Potenzial von Smart-City-Anwendungen in städtischen Räumen.

Economiesuisse hebt hervor, dass es das multilaterale Engagement der Schweiz brauche: Als neutrales und glaubwürdiges Land mit einer global und lokal ausgerichteten Wirtschaft könne sie viel Mehrwert schaffen. Ausserdem begrüsst economiesuisse das Engagement zur Verbesserung der Effizienz der multilateralen Organisationen.

3. Frage: *Entspricht die vorgeschlagene **geografische Fokussierung** der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der IZA der Schweiz?*

	Ja	Änderungswünsche	Nein	Keine Stellungnahme
Dachverbände	economiesuisse, Schweizerischer Städteverband (2)	Schweizer Bauernverband, Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, Schweizerischer Gewerbeverband (3)	Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Travail.Suisse (2)	(0)

Zur geografischen Fokussierung hält der Schweizerische Gewerbeverband fest, dass er ein Ausstiegsszenario der IZA aus Osteuropa erwarte. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete fordert eine Fokussierung der IZA auf die Berggebiete, und der Schweizerische Städteverband verlangt, dass sich die IZA vermehrt in den Städten engagiert. Bei den Gründen für den Rückzug aus bestimmten Ländern ist der Schweizer Bauernverband der Ansicht, dass die Argumente zu stark dem Thema Migration untergeordnet seien; den übrigen Zielen und den gewachsenen, langjährigen Partnerschaften sei ebenfalls Rechnung zu tragen. Travail.Suisse stimmt einer Reduktion der Anzahl Schwerpunktländer zu, erachtet den vorgeschlagenen Abbau jedoch als überstürzt. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund ist der Ansicht, dass die geografische Fokussierung nicht hinreichend begründet sei.

Höhe der IZA-Rahmenkredite und APD-Quote im Verhältnis zum BNE

	Für die vorgeschlagene Höhe	Aufstockung verlangt	Senkung verlangt	Keine Stellungnahme
Dachverbände	(0)	Travail.Suisse, Schweizerischer Städteverband, Schweizerischer Gewerkschaftsbund (3)	Schweizerischer Gewerbeverband (1)	economiesuisse, Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, Schweizer Bauernverband (3)

Drei Dachverbände fordern eine Erhöhung der IZA-Mittel. Der Schweizerische Gewerbeverband spricht sich gegen einen automatischen Teuerungsausgleich aus. Unter den Verbänden, die für eine Aufstockung der Mittel plädieren, verlangen der Schweizerische Städteverband und Travail.Suisse, dass eine APD-Quote von 0,5 Prozent des BNE erreicht wird. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund fordert, dass eine APD-Quote von 0,7 Prozent des BNE angestrebt wird.

Weitere Bemerkungen:

Vorgeschlagene Kriterien für ein Engagement der IZA: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund, der Schweizerische Städteverband und Travail.Suisse betonen, dass die Berücksichtigung der Schweizer Interessen dann gerechtfertigt sei, wenn es sich um langfristige Interessen der Schweiz handle. Der Schweizerische Gewerbeverband vertritt die Ansicht, dass die Interessen der Schweiz eindeutig Vorrang vor den Interessen der Entwicklungsländer haben müssen.

Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund und Travail.Suisse unterstreichen die Bedeutung der Politikkohärenz, insbesondere im Bereich der Handels- und Finanzpolitik, damit diese nicht den Zielen der IZA zuwiderlaufen.

Zusammenarbeit mit den NGO: Economiesuisse weist auf die wichtige Rolle der NGO bei der Umsetzung von Projekten der IZA hin.

3.5 Weitere interessierte Kreise (Organisationen)

183 Organisationen aus der Kategorie «weitere interessierte Kreise» haben eine Stellungnahme abgegeben, darunter 17 Organisationen, die ausdrücklich zur Teilnahme eingeladen worden waren.

1. Frage: Entsprechen die **vorgeschlagenen Ziele** Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der IZA der Schweiz?

	Ja	Änderungswünsche	Nein	Keine Stellungnahme
Ausserparlamentarische Kommissionen	0	1	0	1
NGO, Stiftungen und Vereine	16	74	7	18
Privatsektor und Branchenverbände	7	6	0	0
Akademische Kreise	5	9	0	1
Kirchliche Kreise	0	28	1	7
Übrige	0	1	0	1
Total	28	119	8	28
Total (%)	15,5 %	65 %	4 %	15,5 %

Unter den eingegangenen Änderungswünschen zu den Zielen sprechen sich 61 Organisationen (darunter Alliance Sud, Caritas, NADEL/ETHZ, SNF, die Akademien der Wissenschaften Schweiz und viele religiöse Organisationen) für eine Priorisierung der Armutsbekämpfung als Hauptziel der IZA aus. 20 Organisationen (darunter die BK IZA, das Schweizerische Rote Kreuz, KOFF und Helvetas) fordern, dass die Gleichstellung der Geschlechter als eigenständiges Ziel behandelt wird. 12 Organisationen (darunter die BK IZA, Swiss Re, Fastenopfer, Helvetas, APG-ASPE, FGC, FOSIT und religiöse Organisationen) fordern eine stärkere Ausrichtung der IZA auf die Agenda 2030. Rund ein Dutzend Stellungnahmen verlangen einen stärkeren Fokus auf Gesundheit und Bildung.

Bezüglich des Ziels 1 («Zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum, zur Erschliessung von Märkten und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen [wirtschaftliche Entwicklung]») verlangen mehrere Organisationen die Präzisierung, dass die Schaffung *menschenwürdiger* Arbeitsplätze das Ziel sein muss. Mehrere bedauern, dass die Migration im Rahmen des Ziels zur menschlichen Entwicklung zu stark gewichtet werde. Ihrer Meinung nach sollte der Fokus dieses Ziels auf dem Zugang zur

Grundversorgung liegen (vgl. thematischer Schwerpunkt «Migration», der unter der 2. Frage erörtert wird). Mehrere Organisationen verlangen, dass das Ziel zu Frieden und Gouvernanz durch die Stärkung der Zivilgesellschaft ergänzt wird. Einige Organisationen sind der Meinung, dass Biodiversität, Wasser und erneuerbare Energien stärker berücksichtigt werden sollten.

Bei der Umsetzung der Ziele sollte nach Auffassung mehrerer Organisationen die Befriedigung der Bedürfnisse der am meisten Benachteiligten Priorität haben. Einige Organisationen verlangen eine bessere Berücksichtigung der Menschenrechte und der Rechte junger Menschen. Andere fordern eine stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bäuerinnen und Bauern bzw. der Bevölkerung in Berggebieten. Schliesslich unterstreichen mehrere Organisationen, dass die vier Ziele gesamtheitlich betrachtet werden sollen.

2. Frage: Entsprechen die **neuen Schwerpunkte** Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der IZA der Schweiz?

	Ja	Änderungswünsche	Nein	Keine Stellungnahme
Ausserparlamentarische Kommissionen	0	1	0	1
NGO, Stiftungen und Vereine	9	82	3	21
Privatsektor und Branchenverbände	6	6	0	1
Akademische Kreise	2	11	0	2
Kirchliche Kreise	1	30	1	4
Übrige	1	1	0	0
Total	19	131	4	29
Total (%)	10 %	72 %	2 %	16 %

Am meisten Stellungnahmen gingen zu den thematischen Schwerpunkten «Migration» (72), «Zusammenarbeit mit dem Privatsektor» (66) und «Klimawandel» (64) ein, gefolgt von «Rechtsstaatlichkeit» (36) und «Arbeitsplätze» (33). Die weiteren Schwerpunkte fanden lediglich ein geringes Echo (weniger als 15 Stellungnahmen).

In Bezug auf den thematischen Schwerpunkt «Migration» geben mehrere Organisationen zu bedenken, dass damit nicht unrealistische Erwartungen im Hinblick auf eine Reduktion der Anzahl Migrantinnen und Migranten bzw. Asylsuchender in der Schweiz geweckt werden sollten. Nach Ansicht mehrerer Organisationen ist es nicht Zweck der IZA, die Migration zu reduzieren, und die IZA sollte nicht instrumentalisiert werden. Sie merken an, dass Migration ein komplexes Phänomen sei, dessen Ursachen mit anderen Politikbereichen zusammenhängen und das langfristiger Lösungsansätze bedürfe. CCRS weist darauf hin, dass die Bekämpfung der Ursachen der Migration nicht nur im Interesse der Entwicklungsländer, sondern auch im Interesse der Schweiz sei, die im Übrigen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften habe, der durch die Migration gedeckt werde. Alliance Sud kritisiert den Vorschlag, 60 Millionen Franken für migrationspolitisch motivierte Projekte ausserhalb der Schwerpunktländer des EDA zu reservieren (d. h. Projekte in den vier Schwerpunktregionen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit des EDA in Ländern, die in Abstimmung mit der IMZ-Struktur identifiziert werden).

In Bezug auf den Schwerpunkt «Zusammenarbeit mit dem Privatsektor» sollte nach Ansicht mehrerer Organisationen deutlicher hervorgehoben werden, dass es um die Stärkung des lokalen Privatsektors (KMU in den Partnerländern) und nicht um multinationale Schweizer Unternehmen gehe («IZA-Gelder für IZA-Ziele», BK IZA). Viele Organisationen weisen darauf hin, dass die Schwerpunktsetzung der Armutsbekämpfung und nicht kurzfristigen handelspolitischen Interessen der Schweiz dienen solle. Sie

sind der Auffassung, dass die in Partnerschaften involvierten Unternehmen einer verbindlichen Sorgfaltspflicht in Bezug auf die Menschenrechte und Umweltstandards unterliegen sollten. Rund 20 Organisationen fordern die Präzisierung, wonach die im Zusammenhang mit dem Privatsektor geschaffenen Arbeitsplätze *menschenwürdige* Arbeitsplätze sein sollten.

In Bezug auf den thematischen Schwerpunkt «Klimawandel» fordern die meisten Organisationen, die sich hierzu äussern, zusätzliche finanzielle Mittel für den Klimaschutz, um den internationalen Verpflichtungen der Schweiz (z. B. Klimaübereinkommen von Paris) nachzukommen, allerdings nicht zu Lasten anderer Entwicklungsprojekte.

3. Frage: *Entspricht die vorgeschlagene geografische Fokussierung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der IZA der Schweiz?*

	Ja	Änderungswünsche	Nein	Keine Stellungnahme
Ausserparlamentarische Kommissionen	1	0	0	1
NGO, Stiftungen und Vereine	17	36	18	44
Privatsektor und Branchenverbände	8	2	1	2
Akademische Kreise	3	2	1	9
Kirchliche Kreise	1	3	23	9
Übrige	0	1	0	1
Total	30	44	43	66
<i>Total (%)</i>	<i>16 %</i>	<i>24 %</i>	<i>24 %</i>	<i>36 %</i>

15 Stellungnahmen fordern die Beibehaltung von Haiti als Schwerpunktland und 22 Stellungnahmen die Fortführung eines Schweizer Engagements in Lateinamerika im Gouvernanzbereich. Mehrere Organisationen stellen die Rückzugskriterien in Frage und weisen auf das Risiko hin, dass jahrelange Aufbauarbeit zunichtegemacht wird.

Höhe der IZA-Rahmenkredite und APD-Quote im Verhältnis zum BNE

	Für die vorgeschlagene Höhe	Aufstockung verlangt	Senkung verlangt	Keine Stellungnahme
Ausserparlamentarische Kommissionen	0	1	0	1
NGO, Stiftungen und Vereine	1	77	0	37
Privatsektor und Branchenverbände	0	2	0	11
Akademische Kreise	0	4	0	11
Kirchliche Kreise	0	30	0	6
Übrige	0	0	0	2
Total	1	114	0	68
<i>Total (%)</i>	<i>1 %</i>	<i>62 %</i>	<i>0 %</i>	<i>37 %</i>

Was den Gesamtbetrag der geplanten IZA-Kredite betrifft, so fordern 113 Organisationen (darunter BK IZA, Zurich Insurance, NADEL/ETH, mehrere Entwicklungsorganisationen, grosse NGO und viele religiöse Organisationen) eine Erhöhung der APD-Quote, in der Regel auf mindestens 0,5 Prozent bis 0,7 Prozent des BNE, in einigen Fällen auf 1 Prozent des BNE. Die Stiftung Dalman erachtet den Vorschlag als Mindestniveau für angemessen.

Weitere Bemerkungen:

Kriterien für das Engagement der IZA: Die 90 Organisationen (darunter die BK IZA, Zurich Insurance, KOFF, Terre des hommes Schweiz und viele religiöse Organisationen), welche die Interventionskriterien ablehnen (22) oder deren Änderung verlangen (68), betonen mehrheitlich, die IZA solle weniger die Eigeninteressen der Schweiz ins Zentrum stellen und der Solidarität Vorrang vor kurzfristigen wirtschafts- oder migrationspolitischen Interessen einräumen. 80 Organisationen gehen nicht auf das Thema ein und 13 unterstützen die vorgeschlagenen Kriterien ausdrücklich (darunter Swiss Re, Credit Suisse, Interpharma, Initiatives et changement Suisse).

Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung: 45 Organisationen (darunter die BK IZA, mehrere kantonale Föderationen, Swissuniversities und mehrere religiöse Organisationen), die sich mit dem Thema Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung befassen, fordern eine bessere Koordination zwischen den relevanten Bundesämtern und Departementen und/oder mehr Kohärenz in der Handels-, Wirtschafts-, Steuer-, Migrations-, Klima- und Friedenspolitik.

Zusammenarbeit mit NGO: 25 Organisationen thematisieren die Rolle der NGO. Sie beantragen, die Zivilgesellschaft zu stärken mit dem Hinweis auf deren wichtige Rolle in Demokratisierungsprozessen. Sie verlangen, dass die geografische Fokussierung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit des EDA nicht für die Programmbeiträge für Schweizer NGO gelten solle.

3.6 Weitere interessierte Kreise (Einzelpersonen)

27 Einzelpersonen haben sich spontan an der Vernehmlassung beteiligt.

1. Frage: Entsprechen die **vorgeschlagenen Ziele** Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der IZA der Schweiz?

	Ja	Änderungswünsche	Nein	Keine Stellungnahme
Einzelpersonen	2	13	1	11

Unter den eingegangenen Änderungswünschen zu den Zielen sprechen sich acht Personen für die Priorisierung der Armutsbekämpfung aus. Eine Person ist der Auffassung, dass die Ziele nicht den genannten Kriterien entsprechen, weil die kurzfristigen Interessen der Schweiz zu viel Gewicht hätten.

2. Frage: Entsprechen die **neuen Schwerpunkte** Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der IZA der Schweiz?

	Ja	Änderungswünsche	Nein	Keine Stellungnahme
Einzelpersonen	1	15	1	10

Im Rahmen der Änderungsvorschläge zu den Schwerpunkten lehnen zwölf Personen die Verknüpfung zwischen IZA und Migration ab. Fünf betonen, dass Partnerschaften mit dem Privatsektor vornehmlich dem lokalen Privatsektor (KMU) zugutekommen sollten. Einige fordern die Aufnahme weiterer Themen wie Bildung, Forschung oder Landwirtschaft.

3. Frage: *Entspricht die vorgeschlagene **geografische Fokussierung** der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der IZA der Schweiz?*

	Ja	Änderungswünsche	Nein	Keine Stellungnahme
Einzelpersonen	0	5	10	12

Unter den Änderungsvorschlägen zur geografischen Fokussierung fordern zwei Personen ausdrücklich die Beibehaltung von Haiti als Schwerpunktland der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit des EDA. Zehn Personen lehnen die geografische Fokussierung ab. Sie unterstreichen, dass es wichtig sei, eine Vielfalt an Schwerpunktländern zu bewahren, und verweisen auf den Erfolg von Projekten in Lateinamerika sowie auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in einigen dieser Länder.

Höhe der IZA-Rahmenkredite und APD-Quote im Verhältnis zum BNE

	Für die vorgeschlagene Höhe	Aufstockung verlangt	Senkung verlangt	Keine Stellungnahme
Einzelpersonen	0	13	0	14

13 Personen plädieren für eine Aufstockung der Mittel. Davon sind acht der Auffassung, dass die APD-Quote mindestens 0,5 Prozent des BNE betragen sollte.

Weitere Bemerkungen:

Kriterien für ein Engagement der IZA: 14 Personen lehnen die Formulierung betreffend die Interessen der Schweiz ab und betonen, dass die Solidarität bei Entscheidungen der IZA Vorrang vor kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen haben müsse.

Andere: Sechs Personen sprechen sich für eine Stärkung der Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung aus, drei Personen unterstreichen die Bedeutung der Stärkung der Zivilgesellschaft und zwei Personen weisen darauf hin, dass es wichtig sei, die Statuten, das Mandat und die Aufgabe des IKRK zu respektieren: Diese dürften nicht den Interessen der Schweiz untergeordnet werden.

Anhang: Liste der Vernehmlassungsteilnehmer

° Vernehmlassungsteilnehmer, zu denen Parlamentsmitglieder Interessenbindungen angegeben haben (Stand: September 2019, gemäss Listen unter www.parlament.ch > Direkt zu > Interessenbindungen NR / Interessenbindungen SR)

* Organisationen, die 2017/2018 Gelder der IZA (DEZA, AMS oder SECO) erhalten haben.

Kantone (24)

- | | |
|---|---|
| 1. Staatskanzlei des Kantons Zürich (ZH) | 14. Ratskanzlei des Kantons Appenzell
Innerrhoden (AR) |
| 2. Staatskanzlei des Kantons Bern (BE) | 15. Staatskanzlei des Kantons St. Gallen (SG) |
| 3. Standeskanzlei des Kantons Uri (UR) | 16. Standeskanzlei des Kantons Graubünden
(GR) |
| 4. Staatskanzlei des Kantons Schwyz (SZ) | 17. Staatskanzlei des Kantons Aargau (AG) |
| 5. Staatskanzlei des Kantons Obwalden (OW) | 18. Staatskanzlei des Kantons Thurgau (TG) |
| 6. Staatskanzlei des Kantons Nidwalden (NW) | 19. Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino
(TI) |
| 7. Staatskanzlei des Kantons Zug (ZG) | 20. Chancellerie d'Etat du Canton de Vaud (VD) |
| 8. Chancellerie d'Etat du Canton de Fribourg
(FR) | 21. Chancellerie d'Etat du Canton du Valais
(VS) |
| 9. Staatskanzlei des Kantons Solothurn (SO) | 22. Chancellerie d'Etat du Canton de Neuchâtel
(NE) |
| 10. Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt (BS) | 23. Chancellerie d'Etat du Canton de Genève
(GE) |
| 11. Landeskanzlei des Kantons Basel-
Landschaft (BL) | 24. Chancellerie d'Etat du Canton du Jura (JU) |
| 12. Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen
(SH) | |
| 13. Kantonskanzlei des Kantons Appenzell
Ausserrhoden (AI) | |

In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien (8)

Politische Parteien (7):

- | | |
|---|--|
| 1. Bürgerlich-Demokratische Partei BDP | 5. Grünliberale Partei glp |
| 2. Christlichdemokratische Volkspartei
CVP | 6. Schweizerische Volkspartei SVP |
| 3. FDP.Die Liberalen | 7. Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SPS |
| 4. Grüne Partei der Schweiz GPS | |

Politische Parteien – Jungparteien (1)

1. Junge CVP

Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete (2)

1. Schweizerischer Städteverband°
2. Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete°

Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft (5)

- | | |
|--|---|
| 1. economiesuisse° | 4. Schweizerischer Gewerkschaftsbund
(SGB) |
| 2. Schweizerischer Gewerbeverband
(SGV) | 5. Travail.Suisse° |
| 3. Schweizer Bauernverband (SBV) | |

Weitere Interessierte und Organisationen (210)

Organisationen (183)

a. Ausserparlamentarische Kommissionen (2)

1. BK IZA - Beratende Kommission für internationale Zusammenarbeit°
2. EKM Eidgenössische Migrationskommission

b. NGO, Stiftungen, Verbände und Vereine (115)

- | | |
|--|--|
| 1. AdS Autorinnen und Autoren der
Schweiz | 4. Allianz Gesundheitsberufe fürs Klima
Schweiz |
| 2. Alliance F° | 5. Amnesty International Schweiz |
| 3. Alliance Sud* | 6. Arcanum Stiftung |

7. ask! - Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien
8. Association KM207 Guatemala Suisse
9. Association Lumière pour Haïti
10. AsylLex
11. Biovision – Stiftung für ökologische Entwicklung*
12. BirdLife Schweiz°
13. Brot für alle*
14. Brücke zum Süden / Le pont avec le Sud*
15. BTFS - Bowier Trust Foundation Switzerland
16. Caritas*°
17. CBM Christoffel Blindenmission
18. CEAS - Centre Ecologique Albert Schweitzer*°
19. Chance Schweiz
20. cinfo*
21. CSSR - Centrale Sanitaire Suisse Romande2
22. Dalyan Foundation
23. DM-échange et mission
24. DOCIP - Dokumentations-, Forschungs- und Informationszentrum für indigene Völker°
25. E-CHANGER
26. Ecopop
27. elea Foundation for Ethics
28. Fairmed°
29. Fastenopfer, Action de Carême*°
30. Schweizerische EMMAUS Vereinigung
31. FEDEVACO - Fédération vaudoise de coopération*
32. FGC - Fédération genevoise de coopération*
33. FoBBIZ (Schweizer Forum für Bildung and Internationale Zusammenarbeit)
34. Fondation Action Madagascar*
35. Fondation Botnar
36. Fondation Hirondelle*
37. foraus
38. Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina
39. FOSIT Federazione delle ONG della Svizzera italiana*
40. Frauen für den Frieden, Femmes pour la Paix
41. Fribourg-Solidaire*
42. FriedensFrauen Weltweit*°
43. friedenskraft.ch
44. GeTM - Genève Tiers-Monde
45. Grève des Femmes/Grève féministe
46. Grève féministe 2019 Genève
47. Groupe sida Genève
48. Guatemalanetz Bern
49. Guatemalanetz Zürich
50. Handicap International (HI)*
51. HEKS Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz*
52. HELVETAS*°
53. Hirschmann Stiftung
54. Humanrights.ch*
55. ICB - International Blue Cross °
56. ICT for Peace Foundation
57. IDEAS AidRating*
58. IDH Suisse*
59. Impact Hub Basel
60. Initiativen der Veränderung Schweiz
61. Interteam*
62. IRED - Innovations et Réseaux pour le développement
63. Justitia et Pax
64. KAB – christliche Sozialbewegung
65. KOFF Schweizer Plattform für Friedenförderung (Swisspeace)*°
66. Kombit
67. Komitee für UNICEF Schweiz und Liechtenstein
68. Madre Tierra Suisse
69. MCI - Mouvement pour la coopération internationale
70. mediCuba*
71. Medicus Mundi Schweiz*
72. Peace Brigades International*
73. PFHS - Plate-Form Haïti de Suisse
74. Plattform Agenda 2030
75. Pro Natura°
76. Public Eye
77. Public Health Schweiz
78. Réseau Suisse d'éducation et de coopération internationale RECI
79. RIEH Réseau International Economie Humaine - Centre Lebrecht
80. Rotary Governorat Schweiz-Liechtenstein°
81. SAJV - Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände*
82. SANTD - Schweizer Allianz gegen vernachlässigte Tropenkrankheiten
83. SBAA - Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht
84. Schweizerischer Bäuerinnen- und Landfrauenverband
85. Schweizerisches Rotes Kreuz*
86. SDSN Switzerland°
87. Sexuelle Gesundheit Schweiz
88. SFR - Schweizerischer Friedensrat
89. SGA ASPE- Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik°
90. SIT - Commission Solidarité internationale de Syndicat interprofessionnel de travailleuses et travailleurs de Genève
91. SKBIZ - Schweizer Koalition für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der Internationalen Zusammenarbeit
92. SKKV Schweizer Koalition für die kulturelle Vielfalt
93. SME Service de missions et d'entraide
94. Solidar Suisse*°
95. Solidar Suisse Genève
96. solidaritéS
97. SolidarMed*

- | | |
|--|---|
| 98. Stiftung Pestalozzi Children's Foundation*° | 106. SWP - Swiss Water Partnership* |
| 99. Stiftung sahee | 107. TearFund Schweiz° |
| 100. Swiss Malaria Group* | 108. Terre des hommes Schweiz* |
| 101. Swiss NGO DRR Platform | 109. Unité* |
| 102. Swissaid*° | 110. Valais Solidaire - Fédération valaisanne de coopération* |
| 103. Swisscontact* | 111. Vivamos Mejor |
| 104. SwissFoundations - Arbeitskreis International Development Cooperation (IDC) | 112. Water Integrity Network* |
| 105. Swisspeace Schweizerische Friedensstiftung*° | 113. World Demographic & Ageing Forum |
| | 114. WWF*° |
| | 115. Zentralamerika-Plattform |

c. Privatsektor und Branchenverbände (13)

- | | |
|---|---|
| 1. ACADE sàrl et ATELIER-ECHANGES* | 8. SkillSonics |
| 2. Centre patronal | 9. STSA - Swiss Trading and Shipping Association |
| 3. Crédit Suisse° | 10. SwissRe |
| 4. interpharma iph° | 11. UBS AG |
| 5. Kleinbauern-Vereinigung | 12. USIC - Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmen |
| 6. Perspectives Climate Research | 13. Zürich Versicherungsgesellschaft |
| 7. SKAT - Swiss Resource Centre and Consultancies for Development*° | |

d. Akademische Kreise (15)

- | | |
|--|--|
| 1. Berner Fachhochschule* | 8. SCNAT Akademien der Wissenschaften Schweiz |
| 2. CCRS - Centre for Corporate Responsibility and Sustainability (Universität Zürich) | 9. SNF - Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung* |
| 3. CDE - Centre for Development and Environment, Universität Bern | 10. SSPH+ - Swiss School of Public Health |
| 4. Energy Politics Group und Lehrstuhl für Ökonomie und Ressourcenökonomie, ETH Zürich | 11. SUPSI - Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana |
| 5. IELRC Centre de recherche en droit international de l'environnement | 12. Swiss TPH Tropical and Public Health Institute* |
| 6. NADEL Center for Development and Cooperation - ETH Zürich* | 13. Swissuniversities* |
| 7. North-South Cooperation Committee, Universität Zürich | 14. Transdisciplinarity Lab, ETH Zürich |
| | 15. Züricher Hochschule für angewandte Wissenschaften* |

e. Kirchliche Kreise (36)

- | | |
|---|--|
| 1. Evangelisch-reformierte Kirche des Kantons Freiburg, Eglise évangélique réformée du canton de Fribourg | 14. Kirchgemeinde Lenk |
| 2. Evangelisch-reformierte Kirche des Kantons St.Gallen | 15. Kirchgemeinde Lotzwil |
| 3. Evangelisch-reformierte Kirchgemeinde Paulus Bern | 16. Kirchgemeinde Steffisburg |
| 4. Evangelisch-reformierte Landeskirche Graubünden | 17. Kirchgemeinde Sumiswald |
| 5. Evangelisch-reformierte Kirche Basel-Stadt | 18. Kirchgemeinde Thurnen |
| 6. Gruppe Weltweite Kirche der Kirchgemeinde Bümpliz | 19. oeku Kirche und Umwelt |
| 7. Katholische Kirche Luzern | 20. OEME Kommission für Ökumene, Mission und Entwicklungszusammenarbeit |
| 8. Kirchenverwaltungsrat Katholische Kirche Sevelen | 21. Politische Gottesdienste Zürich |
| 9. Kirchgemeinde Bern-Nydegg | 22. Ref. Kirchgemeinde Bethlehem |
| 10. Kirchgemeinde Bürglen | 23. Ref. Kirchgemeinde Roggwil |
| 11. Kirchgemeinde Diessbach | 24. Reformierte Kirche Aargau |
| 12. Kirchgemeinde Ferenbalm | 25. Reformierte Kirche Burgdorf |
| 13. Kirchgemeinde Herzogenbuchsee | 26. Reformierte Kirche Kanton Zürich |
| | 27. Reformierte Kirche Luzern |
| | 28. Reformierte Kirchgemeinde Windisch - Gruppe «Gemeinsam gegen Hunger» |
| | 29. Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn |
| | 30. Reformierte Kirchgemeinde Meiringen |

31. Reformierte Kirchgemeinde Thun-Stadt
32. Röm.-kath. Kirchgemeinde Dittingen
33. SBK - Schweizer Bischofskonferenz
34. SEK - Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund

35. SKF - Schweizerischer Katholischer Frauenbund
36. Theologische Bewegung für Solidarität und Befreiung

f. Weitere (2)

1. Christlichsoziale Vereinigung Kanton Zürich (CSV)
2. DCAF Geneva Centre for Security Sector Governance*

Einzelpersonen (27)

- | | |
|--------------------------|--------------------------------|
| 1. Blickle Rolf | 15. Moser Fritz |
| 2. Délèze Jean-Maurice | 16. Ott Véronique |
| 3. Dollfus Étienne | 17. Puhon Milo |
| 4. Escher Christiane | 18. Ruta-Robert Dominique |
| 5. Fässler Martin | 19. Sandoz Yves |
| 6. Germond Thierry | 20. Schertenleib Jürg |
| 7. Guye Laurent | 21. Schertenleib Mariette |
| 8. Hänni Wysser Renate | 22. Schild Andreas |
| 9. Jenni Ruth | 23. Schneeberger Susanne |
| 10. Klingele Gabrielle | 24. Steiner-Khamsi Gita |
| 11. Menzi Martin | 25. Stucki Elisabeth |
| 12. Michaelowa Katharina | 26. Wunderli Fritz |
| 13. Modoux Alain | 27. Zaugg Claire-Lise und René |
| 14. Moreillon Jacques | |